

## »Es braucht mehr Pluralismus und mehr Dialog, gerade mit Andersdenkenden«

Interview mit Jörg Drews

*Jörg Drews ist Geschäftsführer der Firma Hentschke Bau. In den Medien wurde sein Engagement für den freien demokratischen Diskurs problematisiert, da er sich dabei einer strikten Ausgrenzung rechtsgerichteter Meinungen verweigerte. Das führte zu zahlreichen terroristischen Anschlägen gegen das Unternehmen. Drews' Sorge gilt dabei vor allem den Beschäftigten der Firma, die unter diesen Attacken zu leiden haben.*

**Herr Drews, Sie waren während der DDR-Zeit bereits im Wohnungsbau tätig. Machten Sie bereits damals Beobachtungen und eigene Erfahrungen mit Diskriminierung oder Repression?**

Das System der DDR war insgesamt repressiv. Die Entwicklung einer eigenen Meinung war nicht gewünscht, schon gar nicht, eine solche zu äußern. Wer anders dachte oder, im weitesten Sinne, unangepaßt war, hatte mit Diskriminierung zu rechnen. Für den beruflichen Aufstieg und Lebenschancen war es jedenfalls nicht hilfreich.

Etwas wie mein Unternehmen aufzubauen wäre in der DDR unmöglich gewesen. Daß ich eine Karriere machen konnte, wie ich sie gemacht habe, verdanke ich der Wende.

**Prägten Sie die damaligen Erfahrungen in der DDR für Ihr weiteres Leben?**

Ja, irgendwie schon. Manches kommt mir heute bekannt vor. Ohne die DDR-Erfahrungen wäre ich vielleicht weniger sensibel. Denunziantentum hat wieder Konjunktur, öffentliche Bloßstellungen und gesellschaftliche Pranger – heute

überwiegend in den sozialen Netzwerken, aber auch in den deutlich verengten Meinungskorridoren der Tageszeitungen und Gazetten. Diese Enge, diese mangelnde Pluralität, die fehlende Möglichkeit, auch mal außerhalb einer gewissen Ideologie zu denken und offen zu debattieren, das ist schon bemerkenswert. Die vielzitierten Grenzen des Sagbaren werden immer mehr zu Grenzen des Denkerlaubten. Das ist nicht die Freiheit, für die wir in der DDR gekämpft haben. Die Systematik, Andersdenkende auszugrenzen, andere Meinungen zu diskreditieren, ja zu kriminalisieren, das alles gab es auch schon früher. Die Muster sind die gleichen. Wer in der DDR sozialisiert wurde, beobachtet vieles sehr genau. Die Ostdeutschen haben ein stärkeres Mißtrauen gegenüber dem Staat, empfinden ihn nicht als Wohltäter und Lösung für alle Probleme. Das wird zu wenig respektiert und gesehen. Dieses Mißtrauen ist im Westen weniger ausgeprägt. Wir sind hier sensibler, wenn wir in unseren Freiheiten eingeschränkt werden, weil wir das eben schon kennen. Das nehme ich auch für mich persönlich in Anspruch.

**Heute sind Sie Geschäftsführer der Baufirma Hentschke Bau mit etwa 700 Beschäftigten aus zwölf Nationen und einem Jahresumsatz von 200 Millionen Euro. Wie ist es dazu gekommen?**

Ich möchte hier nicht die ganze Firmengeschichte erzählen, keine typische Aufsteiger- oder Erfolgsgeschichte draus machen. Aber: Ich habe erst sehr mühsam lernen müssen, wie Kapitalismus funktioniert, wie man verhandelt, was Selbständigkeit, Unternehmertum und Risikobereitschaft bedeuten. Individuellen Fleiß und persönlichen Ehrgeiz gab es auch in der DDR. Ebenso Eigeninitiative und Ideenreichtum. Dies aber erst zum eigenen Vorteil und später zum Nutzen für eine ganze Gemeinschaft einzusetzen hat letztlich nicht nur mich erfolgreich gemacht. Menschen begeistern, an einer Idee mitzuwirken, Chancen erkennen und ergreifen, investieren, säen, um später zu ernten, das alles sind die Erfolgsfaktoren. Wenn sich Märkte verändern, verändern wir uns mit. Das machen Unternehmer so. Dabei müssen sie sich ständig gegen

alle möglichen Widerstände durchsetzen. Vielleicht sind Unternehmer deswegen auch prädestinierter, wenn es darum geht, Probleme anzusprechen und Lösungen zu entwickeln. Das ist letztlich das ganze Geheimnis: Ich löse schlicht jeden Tag die Probleme, die nach einer Lösung verlangen. Und dabei versuche ich, Nutzen zu stiften für die Mitarbeiter, für die Kunden, für die Region. Unternehmertum ist kein Egotrip, sondern bedingt Verantwortung und Gemeinschaftsgefühl. Das sind die Erfolgsfaktoren.

**Sie engagieren sich auch für Ihre Region, fördern soziale und gemeinnützige Projekte. Wie sieht dieses Engagement aus?**

Gute Fachkräfte möchten auch in ihrer Freizeit etwas unternehmen und ein lebenswertes Umfeld vorfinden. Die wirtschaftliche Entwicklung einer Region kann nicht isoliert von dem kulturellen Angebot, Freizeitmöglichkeiten, Betätigungen für Kinder und Jugendliche, sozialen und gesellschaftlichen Fragen, Bildung und Mobilität betrachtet werden. Als Unternehmen bauen wir

öffentliche Infrastruktur und unterstützen die Stadt Bautzen und andere Kommunen bei ihrer Stadtentwicklung und Planung. Darüber hinaus fördern wir vor allem Institutionen, die Kindern und Jugendlichen dienen und damit Familien zugute kommen: Kindergärten, Sportvereine, Einrichtungen der kulturellen Bildung, Jugend-Feuerwehren, soziale Treffpunkte und andere private Initiativen, die auf ein Miteinander ausgerichtet sind. Wir spenden, sponsern und fördern durch Geld- und Sachleistungen jährlich im mittleren sechsstelligen Bereich.

**Sie sind in kritische Distanz zur deutschen Regierungspolitik geraten. Aus welchen Gründen kam es dazu?**

Das würde ich so gar nicht sagen. Meine politischen Koordinaten entsprechen in etwa dem Parteiprogramm der CDU aus dem Jahre 2002. Diese Koordinaten waren damals »Common sense«, zumindest waren sie nicht völlig abwegig im politischen Diskurs. Daß ich als Unternehmer dafür bin, daß meine Mitarbeiter, so wie alle Bürger, mehr

Netto vom Brutto übrig haben sollen, daß also Steuern und Abgaben sinken mögen, daß es weniger Bürokratie und staatliche Einmischung in die Unternehmen geben sollte, daß Menschen mehr Freiheit und Eigenverantwortung zugetraut werden, ist zwar nicht mehr allzu populär, aber immerhin noch innerhalb der Unternehmerschaft mehrheitsfähig. Neu ist aber die Entwicklung, daß man glaubt, der Staat solle eine Art Allmacht bekommen und nur im Kollektiv seien die Probleme zu lösen. Wer sich dem Kollektiv verweigert, wird ausgegrenzt, zur Gefahr erklärt und ins Abseits gestellt. Zu dieser Repression bin ich in kritischer Distanz. Wo bleibt das Individuum, wo der Pioniergeist, wo die Lösungen, zu denen nur einzelne fähig sind? Die Corona-Maßnahmen sind das beste Beispiel. Hier hat der Staat erstmals Allmachtsphantasien entwickelt und durchgesetzt – ohne jede Rücksicht auf Bürger, Unternehmen, Lieferketten, auf gesunden Menschenverstand. Wer einzelne Maßnahmen in Frage stellte, wurde zum Staatsfeind, gar zum Demokratiefeind, zum Aussätzigen. Beim Ukrainekrieg und einzelnen Maßnahmen zur

Bekämpfung des Klimawandels ist es ähnlich. Wer nicht der grünen Verbotsdoktrin folgt und statt dessen auf technische Lösungen vertraut sowie auf individuelle Verhaltensänderungen drängt, ist »Verschwörer«, »Leugner« oder bedient »rechte Narrative«. Es ist diese Art der eindimensionalen Festlegung bei inzwischen fast allen politisch relevanten Fragen, zu der ich mich in Opposition zu befinde. »Alternativlosigkeit« scheint zur Gesellschaftsdoktrin geworden zu sein. Und das ist falsch. Denkverbote, noch dazu begleitet von Kontaktschuld, haben noch keine Gesellschaft weitergebracht.

**Welche Initiativen haben Sie politisch unterstützt? Waren darunter auch Parteien, zum Beispiel die AfD? Worin lag Ihre Motivation dafür?**

Es gab eine einmalige Spende an die AfD im Jahr 2017. Damals war die AfD noch eine andere Partei: wirtschaftsliberal, gesellschaftskonservativ, gegen gemeinsame europäische Schulden, für eine geordnete Zuwanderung. Ich habe auch – und tue dies bis heute – die CDU

und einzelne CDU-Kandidaten unterstützt. Außerhalb der Spenden für Parteien interessieren mich vor allem Initiativen und Plattformen, die einen offenen Dialog ermöglichen und auch alternative Meinungen zulassen. Dabei mache ich mich nicht mit jeder Meinung gemein, ich möchte sie nur ermöglichen und offen diskutieren können, neue Räume eröffnen. Das ist auch der Grund, weswegen ich mich im Bürgerbündnis Bautzen engagiere und für diese Wählervereinigung im Rat der Stadt sitze: Im Gegensatz zu Parteien folgt man hier nicht einer Parteilinie, sondern zieht alle möglichen Lösungen ergebnisoffen in Erwägung.

**Sie haben sich in Diskussionen als »besorgten Bürger« bezeichnet. Was verstehen Sie darunter?**

Der Begriff des »besorgten Bürgers« wird inzwischen hauptsächlich dafür eingesetzt, um Andersdenkende zu stigmatisieren. Es wird ein bestimmter Typus »besorgter Bürger« gezeichnet: eindimensional im Denken, intellektuell eher einfach gestrickt, Deutschlandhut auf dem Kopf. Sowenig ich diesem Klischee

entspreche, so sehr ist es berechtigt, sich tatsächlich Sorgen zu machen. Wir müssen aufhören, uns die Deutungshoheit über bestimmte Begriffe wegnehmen zu lassen. »Besorgter Bürger« ist kein Synonym für »anschlußunfähiger Hinterwäldler«, sondern für Engagierte, meist Ehrenamtliche, die sich eine eigene Meinung erlauben. In diesem Sinne bin ich ein besorgter Bürger und stehe auch dazu. Bürgertum ist im übrigen auch ein Begriff der gesellschaftlichen Emanzipation. Der Bürger ist das Gegenteil des Unfreien und befindet sich in Opposition zu den herrschenden Eliten. Seinerzeit waren dies der Klerus und der Adel. Bürgerlichkeit ist die Basis der Demokratie. Auch in diesem Sinne wehre ich mich gegen die Umdeutung des Begriffs. Und sich um das eigene Land, die Gesellschaft, den Umgang miteinander zu sorgen war in früheren Zeiten etwas Ehrendolles, Ausdruck von Partizipation und Verantwortung. Ja, in diesem Sinne sehe ich mich als »besorgten Bürger«.

**Welche Formen des Framings und der Verunglimpfung haben Sie erfahren?**

Der meistgenutzte Begriff ist »rechts«. Das kommt in allen Variationen. »Rechtsradikal«, »rechtsextrem« ... meist in Kontexten von Demos oder Veranstaltungen. Aber auch »Verschwörungstheoretiker«, »Verschwörungserzähler« und »Aluhut« bis hin zu »Reichsbürger«. Da ist eigentlich alles dabei, was die sprachliche Diskreditierung und das Verunglimpfungsarsenal so hergeben. In Corona-Zeiten war auch »Querdenker« eine willkommene Bezeichnung. Es sind die typischen Begriffe, die ein bestimmtes Milieu Andersdenkenden verpaßt. Daß das in den sozialen Netzwerken ganz normal geworden ist, ist schlimm genug, aber es hat sich dort eben etabliert. Was mich stört, ist, daß auch als seriös geltende Medien die Begriffe übernehmen und weitertragen. Neu hinzugekommen ist der Begriff »demokratiefeindlich«. Dieser tauchte erstmals in einem Papier des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für Demokratieforschung (EFBI) an der Uni Leipzig in bezug auf meine Person auf. Dieses Institut wird mit öffentlichen Geldern finanziert und diskreditiert sowohl unser soziales Engagement als auch

das Engagement mehrerer weiterer Unternehmen in der Region als »rechtsextreme Raumnahme«. Das Framing, gemeinnützige Projekte dienen »rechtsgerichteten« Eigeninteressen und hätten somit unlautere Motive, ist eine neue Dimension – wohlgemerkt finanziert mit staatlichen Geldern.

**Ich habe exemplarisch einen kritischen Artikel aus der linken taz über Sie gelesen.<sup>36</sup> Auffällig, aber nicht überraschend daran ist, daß in dem Text kaum inhaltlich in die Tiefe bzw. ins Sachthema eingegangen wird. Die Vorwürfe gegen Sie begrenzen sich allein auf persönliche Kontakte: Hier sprach ein Journalist beim Bürgerforum, der mal eine Äußerung getätigt hätte, dort trat ein Autor auf, dessen Bücher in »einschlägigen Verlagen« erschienen ... Dann ist da noch einer von der AfD und schließlich noch ein als »Verschwörungstheoretiker« charakterisierter US-kritischer Autor. Es sind also nur Kontaktketten, die**

-----  
 36 Vgl. Michael Bartsch: »Sponsoring in Bautzen: Wohltäter mit Schlagseite«, in: taz vom 5. September 2021, www.taz.de

**durch irgendwelche herausgesuchten kleinen »Verfehlungen« zu nebulösen negativen Assoziationen bei Lesern führen. Kann man Ihr Tun und Wollen wirklich anhand von Begegnungen mit Dritten ableiten? Und, falls nein: Sehen Sie in einem solchen Vorgehen, Sie über Kontaktketten zu diskreditieren, Methode?**

Das ist inzwischen ein gängiges Muster. Es reicht heute schon, jemanden zu kennen, der nicht meinungskonform ist, oder zufällig mit dieser Person auf einem Foto zu sehen zu sein, um sich dann alles, was diese Person einmal gesagt hat, selbst zuschreiben lassen zu müssen. Ja, diese Art »Kontaktschuld« hat Methode. Das Problem daran ist, daß man sich auch alles, was diese Person später einmal sagen wird, zuschreiben lassen muß. Das weiß man natürlich vorher nicht. Und was, wenn man die Person gar nicht kennt, sondern tatsächlich nur zufällig auf der gleichen Veranstaltung war? Die Methode »Kontaktschuld« soll Angst verbreiten und dafür sorgen, sich nicht mehr frei begegnen zu können. Es ist ein

Versammlungs- und Begegnungsverbot durch die Hintertür, eine perfide Art der Einschüchterung. Derartige Beweisketten, wie man sie in vielen Artikeln und Berichten findet, sind auch schwer zu widerlegen. Sie haben einen minimal wahren Kern, dann folgt eine Indizienkette, dazu ein paar Theorien und Interpretationen und fertig ist das komplette Narrativ. Ich frage mich dann immer, wer eigentlich der »Verschwörungserzähler« ist.

**Es ist nicht bei Drohungen geblieben. Es kam zu Straftaten. Können Sie diese beschreiben?**

Die Straftaten betreffen vor allem das Unternehmen Hentschke Bau. Bis dato gab es neun Brandanschläge auf Baugeräte, Fahrzeuge und sogar die Firmenzentrale. Der Sachschaden liegt inzwischen im Millionenbereich. Zählt man die Brandanschläge hinzu, die auf »unseren« Baustellen stattgefunden haben, die aber Fremdunternehmen betreffen, sind es sogar elf. Insgesamt wurden bereits mehr als zwanzig teils sehr wertvolle Geräte zerstört. Hinzu kommen etwa

dreißig weitere Delikte jährlich: Schmierereien, versuchte Sabotagen, Vandalismus, Sachbeschädigungen aller Art, Beleidigungen und Bedrohungen. Es trifft leider auch immer wieder Mitarbeiter. Die sind die eigentlich Leidtragenden.

**Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen bestimmten Medienberichten und den Taten? Werden Täter durch Medien motiviert?**

Ja, das sehe ich durchaus. So mancher Medienbericht, aber auch so manche Stimme aus der Politik, scheint diese Gewalt zu dulden und teilweise sogar zu legitimieren. Es trifft ja »die Richtigen«, selbst schuld also, wenn man sich so äußert. Hierzu haben sich sowohl die Hentschke Bau GmbH als auch ich selbst in zahlreichen Stellungnahmen geäußert.

**Sehen Sie eine generelle Zunahme der Aggressivität in Angriffen verbaler und ttlicher Art? Wenn ja, wie erklären Sie sich diese?**

Ich kann das nicht generell quantifizieren, aber es scheint so zu sein,

daß die Hemmschwelle zur Gewalt sinkt. Der politische Extremismus wird gewaltbereiter. Die obengenannten Straftaten und Exzesse gegen unser Unternehmen gab es früher so nicht – immer mal Schmierereien oder Sachbeschädigungen, mehr Jugendstreiche, ohne das verharmlosen zu wollen. Aber diese Form harter Gewalt nimmt schon zu. Statistisch erhärten kann ich das nicht. Ich weiß aber, daß es auch andere Bauunternehmen trifft. Neben der allgemeinen Lust am Zerstören werden zunehmend politische Argumente ins Feld geführt: politisch rechts, Gentrifizierung, Kapitalismuskritik ... – es gibt eine neue Form, Gewalt mit politischen Zielen zu legitimieren.

**Wie haben Sie die Drohungen und die Taten gegen Sie empfunden? Was lief seelisch in Ihnen ab? Hatten Sie Sorge um sich, Ihre Familie, Ihre Mitarbeiter?**

Ich werde zwar relativ regelmäßig bedroht, habe aber mein Verhalten nicht allzu sehr angepaßt. Selbstverständlich haben wir aber die Sicherheitsmaßnahmen auf



verschiedenen Ebenen verstärkt. Meine Hauptsorge gilt meinen Mitarbeitern. Es sind rund 700 Kollegen, viele auch draußen auf den Baustellen und unterwegs mit beschrifteten Fahrzeugen. Ich spreche viel mit den Kollegen über diese Themen. Es ist teilweise unvorstellbar, was diese Gewalt mit Menschen macht. Fahrzeuge, auch wenn sie beruflich genutzt werden, sind privater Raum, in dem sich auch persönliche Dinge befinden. Viele geben ihren Fahrzeugen sogar Namen. Die Angst vor diesen Bedrohungen ist vorhanden, aber sie bestimmt nicht den Alltag. Es macht aber etwas mit den Kollegen und mit mir. Das läßt sich nicht leugnen. Die Kosten für Sicherheits- und Schutzmaßnahmen sind auf jeden Fall massiv gestiegen.

**Nach den Anschlägen haben sich, laut taz-Bericht, die sechs Enkel des Firmengründers nicht von den linken Tätern in einem öffentlichen Brief distanziert, sondern von Ihnen, dem die Anschläge galten. Wie erklären Sie sich ein solches Verhalten? Was wird damit bezweckt?**

Das müßte man die Verfasser des Briefes fragen. Ob sie politisch motiviert wurden oder ihrerseits Angst vor der oben beschriebenen Kontaktschuld haben oder es ihnen ein Bedürfnis war, sich abzugrenzen – wer weiß das schon. Ich möchte da nicht spekulieren.

**Michael Bartsch äußerte in seinem taz-Artikel nach einer Todesdrohung an Sie, dies würde Ihrem angeblichen »Opfermythos« Vorschub leisten. Man kann davon ausgehen, daß er es nicht wagen würde, vom »Opfermythos« zu schreiben, wenn zum Beispiel ein linker Politiker, ein jüdischer Funktionär oder ein Vertreter einer muslimischen Gemeinde einen ähnlichen Drohanruf erhalten hätten. Das ist nur ein Beispiel für viele ähnliche Presseartikel, in denen Opferstimmen als »Mythos« kleingeschrieben werden. Wie erklären Sie sich solch ein häufig anzutreffendes Kleinschreiben von Mobbing und Einschüchterungen? Ist das nur mangelnde Empathie, also eine Art Brett vor dem Kopf? Oder versteckt sich dahinter bewußtes politisches Kalkül?**

Das ist vermutlich Kalkül. Opfer potentiell »rechter« Gewalt haben allen Grund, besorgt zu sein, und bekommen die entsprechende Resonanz. Wer von links bedroht wird, ist immer irgendwie »selbst schuld«. Der alte Mythos, daß links friedlich und »gut« ist und »das Böse« immer »rechts«, lebt noch immer. Dabei haben sich die Methoden der Gewalt und Einschüchterung längst angeglichen. Ich finde, linke Gewalt wird verharmlost – auch weil diese immer wieder politisch legitimiert wird.

**Sie beklagen eine Verengung des Meinungskorridors im Zuge der »Cancel Culture«? Welche Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt könnte Ihrer Meinung daraus entstehen?**

Eine Gesellschaft, die nicht offen miteinander sprechen kann, und das auch in einer Sprache, die jeder versteht und die jeden so sein läßt, wie er ist, hat keinen Zusammenhalt. Denn derjenige, der das Gefühl hat, er könne sich nicht einbringen, sich nicht mal äußern, oder er werde nicht gehört, wird sich

nicht als Teil der Gesellschaft fühlen. In Wahrheit ist dieses »Canceln« auch eine Diskriminierung, es grenzt schlicht Menschen aus. Diese Menschen suchen sich dann entsprechende Peergroups. Und die wiederum werden dann global von bestimmten Kreisen und den Medien abqualifiziert. So werden immer mehr Menschen ausgegrenzt, und die Positionen verhärten sich. Auf der anderen Seite, also auf der, die ausgrenzt, entstehen die gleichen Echokammern wie bei den Ausgegrenzten. Man hört nur noch die eigene Meinung, spricht nicht mehr über die eigenen Weltanschauungsgrenzen hinweg und verengt sich so sowohl intellektuell als auch politisch. Es gibt dann nur noch »uns« und »die anderen«. Wo soll das enden? Es braucht mehr Pluralismus und mehr Dialog, gerade mit Andersdenkenden. Ansonsten wird sich das auf beiden Seiten weiter radikalieren. Der sogenannte Faschismus und der sogenannte Antifaschismus nehmen sich in dieser Art des Ausgrenzens rein gar nichts.